

## DER WESTDEUTSCHE ARBEITSMARKT UND DER SOZIALE WOHNUNGSBAU

Wer sich ein zutreffendes Bild von den Verhältnissen am westdeutschen Arbeitsmarkt machen will, muß die Einflüsse der winterlichen Saison von den sonst wirkenden Tendenzen unterscheiden. Das jüngste Anschwellen der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet ist natürlich hauptsächlich eine Folge des scharfen Winterwetters und hat vor allem die Berufe getroffen, in denen sonst Mangel an Arbeitskräften herrscht. Bis Mitte Januar 1951 war die Erwerbslosenzahl auf über 1,9 Million gestiegen, sie lag also höher als im Vorjahr, in dem die Welle der Arbeitslosigkeit um diese Zeit so große Bestürzung hervorgerufen hat. Im Gegensatz zum letzten Winter, in dem außer den Saisoneinwirkungen vor allem ungünstige konjunkturelle Einflüsse maßgebend waren, sprechen diesmal in wachsendem Maße Kohlenkrise, Energiemangel und Materialverknappung mit — direkt oder indirekt. Auch die Kurzarbeit hat sich deshalb in den letzten Monaten stark ausgebreitet. Noch ist nicht abzusehen, wie diese negativen Tendenzen und die allmählich einsetzenden Produktionsumstellungen sich auf das Beschäftigungsniveau und die Verteilung der Arbeitskräfte auswirken werden. Es ist durchaus möglich, daß sie auch auf dem Arbeitsmarkt für kürzere oder längere Zeit zu krisenhaften Störungen führen und neue Arbeitslosigkeit hervorrufen werden, während die Saisonarbeitslosigkeit bei offenem Wetter rasch zurückgehen wird.

Jedenfalls ist das bis zum letzten Herbst allmählich errungene Maß von wirtschaftlichem Gleichgewicht wieder sehr in Frage gestellt, und neue Spannungen werden auftreten. Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung nachläßt oder Rückschläge kommen, werden in der „neuen Phase“, in die Westeuropa gegen Jahresende unter dem Einfluß der weltpolitischen Lage und der amerikanischen Rüstungsanstrengungen eingetreten ist, bestimmte Produktionen, Gebiete und Wirtschaftszweige begünstigt sein, während andere mehr oder minder zurücktreten. Dies ergibt sich schon aus der Forderung, den Lebensstandard um der Verteidigung willen zu senken — ein Verlangen übrigens, das eine sehr vielschichtige Problematik in sich schließt. Wir müssen also damit rechnen, daß es neue Umschichtungen von Arbeitskräften und zeitweilig oder für längere Dauer in bestimmten Wirtschaftszweigen vielleicht eine zusätzliche Arbeitslosigkeit geben wird. Was eintritt, hängt weitgehend von den Entschlüssen Washingtons ab, von denen Westdeutschland, wie fast alle Länder Westeuropas, in allen entscheidenden Fragen der Rohstoffversorgung, Kohlenlage und Finanzsituation letzten Endes abhängig sind.

### *Das Gefälle des Arbeitsmarktes*

Wir treten in die neue Phase mit einem Arbeitsmarkt ein, dessen regionales und berufliches Gefälle größer ist als je zuvor. Noch vor reichlich einem Jahr war der Gegensatz von Hochbeschäftigungs- und Notbezirken nicht so ausgeprägt. Im Herbst 1950 dagegen, in einem Zeitpunkt also, als die Saison und Konjunktur gleichzeitig ungefähr den Höhepunkt erreicht hatten, standen sich Notstandsgebiete mit einer langdauernden und verfestigten Massenarbeitslosigkeit und Industriegebiete mit starkem Arbeitermangel, aber auch Überschuß- und

Mangelberufe kraß gegenüber. Der konjunkturelle Aufschwung des letzten Jahres hat das Gefälle nicht geglättet, sondern eher verstärkt.

Außerdem arbeiten Millionen von Menschen schon seit Jahren außerhalb ihres Berufes, wobei sie nicht genügend leisten und verdienen können und sich als sozial Degradierete fühlen. Rüstung, Krieg, Demontagen, Produktionsverbote, die Massenzwanderungen der Kriegs- und Nachkriegszeit und auch der Ausfall einer Millionenzahl von guten Fachkräften haben die Arbeitsstruktur durcheinandergebracht. Der Mangel an Wohnraum an den industriellen Brennpunkten tut ein übriges, um den Ausgleich zu erschweren. Die „Mobilität der Arbeit“ ist viel zu gering, und die in den Verfassungen proklamierte, aber leider nur „papierene“ Freizügigkeit kann keinen Ersatz dafür bieten. Allzu viele Arbeitslose sitzen am „falschen Ort“, weitab von den Zentren der gewerblichen Tätigkeit, zu viele gehören wenig oder gar nicht gefragten Berufen an, andere sind tatsächlich oder angeblich „zu alt“ oder können aus diesen oder jenen Gründen die geforderte fachliche oder physische Leistung nicht erbringen.

Es liegt hauptsächlich an diesen strukturellen Spannungen, wenn das im Frühjahr 1950 gesetzte Ziel, die Arbeitslosigkeit im Verlauf des letzten Jahres wesentlich unter eine Million herunterzudrücken, nicht erreicht worden ist. Die Beschäftigung ist nämlich weit stärker gestiegen, als die Arbeitslosigkeit gesunken ist. In dem Zeitraum Ende März bis Ende September 1950, für den allein vergleichbare statistische Daten vorliegen, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten im Bundesgebiet um 989 000 zugenommen, während die Arbeitslosigkeit sich nur um 580 000 verringert hat. Dies liegt nicht nur an dem Eintreten der schulentlassenen Jugendlichen in das Erwerbsleben und an der Rückkehr von Kriegsgefangenen, sondern weit mehr noch an der Tatsache, daß der Sog des industriellen Aufschwungs in den Vollbeschäftigungsgebieten, in denen im letzten Herbst kaum noch voll geeignete Arbeitslose verfügbar waren, zahlreiche bisher nicht erwerbstätige Personen in Berufsarbeit hineingezogen und noch mehr legale und illegale Zuwanderer aus der Sowjetzone und aus Berlin angelockt hat. Die illegalen Zuwanderer sind gegenüber den Arbeitslosen der westdeutschen Notstandsgebiete auf dem Arbeitsmarkt im Vorteil, weil sie durchweg viel beweglicher sind — es sind meist jüngere Leute, ohne Anhang oder jedenfalls zuerst ohne Familie zugereist —, weil sie im Notfall auch zu untertariflichen Löhnen arbeiten und sich, wenn es nicht anders geht, auch mit primitiven Notunterkünften zufrieden geben. Sie drücken den sozialen Standard und gefährden den Arbeitsmarkt, erhalten aber gerade deshalb meist rasch eine Arbeit und Unterkunft. Es ist hohe Zeit, daß die zuständigen Behörden und die Gewerkschaften sich ernsthaft mit dieser wichtigen Frage befassen. Denn jeder weitere Bedarf an Arbeitskräften, der in Westdeutschland auftritt, löst eine neue Welle der Zuwanderung aus.

In den gemischtwirtschaftlichen Bezirken, wo die gewerblichen Arbeitsstätten in starker Streulage innerhalb der ländlichen Gebiete liegen, drängen Bauernsöhne und Bauerntöchter in die Fabriken und Werkstätten, während oft am gleichen Ort Flüchtlinge von seiten des Staates unterhalten werden müssen. Artikel 12 des Grundgesetzes, der allen Deutschen die freie Wahl des Arbeitsplatzes zusichert, verhindert ein behördliches Eingreifen, während Unternehmer und Betriebsräte sehr wohl manches gegen solche bedenklichen Tendenzen tun könnten. Natürlich sind auch Arbeitslose aus den Notbezirken in die Industriegebiete abgewandert, aber das Gros derer, die in ihrer Gegend keine Arbeit erhalten konnten, ist am alten Ort sitzengeblieben. Die Spannungen des Arbeitsmarktes sind also noch größer geworden, weil viele Voraussetzungen für das richtige Funktionieren dieses „Marktes“ — vor allem genügend Wohnungen an den richtigen Plätzen — fehlen. Die strukturellen Verzerrungen bestehen fort. Wenn die Erwerbslosigkeit in der gesamten Aufschwungsperiode von Mitte Februar bis Ende Oktober 1950 von rund 2 Millionen auf reichlich 1,2 Million, also um fast 800 000, zurückgegangen ist, so handelt es sich fast ausschließlich um die Saisonarbeitslosigkeit, die bis zum Herbst ganz verschwunden war, und um die seinerzeit aus konjunktureller Schwäche, aus Leistungssteigerung und Rationalisierung erwachsene Arbeitslosigkeit. Im allgemeinen konnten in diesen

Fällen die Erwerbslosen ohne Wohnsitzwechsel eine neue Arbeit aufnehmen. Dagegen hat sich an der sogenannten „strukturellen“ Arbeitslosigkeit, die in dem regionalen, beruflichen und qualitativen Auseinanderklaffen von Stellenangebot und Stellennachfrage ihre Ursache hat, im letzten Jahr nicht viel geändert; nur ist diese Erwerbslosigkeit da und dort, vor allem in den Notstandsgebieten, im letzten Sommer und Herbst zum Teil von zeitlich begrenzten Aushilfe-, Saison- und Notstandsarbeiten etwas überdeckt gewesen. Die statistischen Daten von Ende Oktober 1950, die noch saisonbeeinflusst sind, weisen deutlich auf das regionale Gefälle hin.

Länder (Landesteile)	Arbeitslose Ende Oktober 1950	Mehr oder we- niger als Ende Oktober 1949	Von den vorhandenen Arbeitern, Angestellten und Beamten. Ende Oktober 1950 arbeitslos (in v. H.)
<b>a) Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit</b>			
Schleswig-Holstein	179 500	— 12 200	21,7
Niedersachsen	291 900	— 6 100	13,6
Hamburg	82 500	+ 19 300	12,2
Nordhessen	41 500	— 4 000	11,2
Bremen	22 100	+ 5 100	10,3
Bayern	285 800	— 63 600	10,2
<b>b) übrige Gebiete</b>			
Rheinland-Pfalz	50 500	+ 13 900	6,2
Süd- und Mittelhessen	48 200	— 10 000	4,8
Nordrhein-Westfalen	164 500	— 18 700	3,6
Württemberg-Baden	46 600	— 10 100	3,5
Baden	10 100	+ 1 400	2,6
Württemberg-Hohen- zollern	6 900	— 1 400	1,9
Bundesgebiet	1 230 100	— 86 400	7,9

#### Vollbeschäftigungs- und Notstandsgebiete

Nach den deutschen und ausländischen Erfahrungen<sup>1)</sup> wird eine Arbeitslosigkeit, die zwischen 2 — 5 v. H. der Arbeitnehmer betrifft, als noch erträglich angesehen, wobei die sogenannte „Fluktuationsarbeitslosigkeit“ eingerechnet ist. In Deutschland lag die Arbeitslosenquote früher in Zeiten einer guten Beschäftigung ungefähr bei 5 — 6 v. H. (Juli 1928: 5,3 v. H.; Juli 1929 und Juli 1936; 6,2 v. H.). Heute ist die Quote wesentlich höher, aber vor allem sind die regionalen Unterschiede viel größer, als sie jemals in Deutschland gewesen sind. Wir können gegenwärtig im Bundesgebiet zwei ziemlich klar gegeneinander abgesetzte Zonen einer guten und einer schlechten Beschäftigungslage unterscheiden, nämlich einmal die Zone einer relativen Vollbeschäftigung im Rhein-Ruhrgebiet und in Südwestdeutschland (Süd- und Mittelhessen, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern, Südbaden und Teile von Rheinland-Pfalz), wo die Arbeitslosigkeit Ende Oktober 1950 jedenfalls 5 v. H. nicht überschritten hat, und andererseits die Notstandsgebiete mit hoher Arbeitslosigkeit in dem mehr oder minder breiten Gürtel, der sich von Südbayern bis an die Ost- und Nordsee hinzieht. Die Arbeitslosenquoten der Länder liegen bei einem Durchschnitt von 7,9 v. H. zwischen 1,9 — 21,7 v. H. Für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke berechnet, reicht die Skala der Quoten (Stand von Ende September 1950) sogar von

<sup>1)</sup> Vgl. „Nationale und internationale Maßnahmen zur Vollbeschäftigung“, Denkschrift der Vereinten Nationen, in deutscher Übersetzung, Bund-Verlag GmbH, Köln 1950.

0,9 v. H. im Bezirk Baiingen bis 27,5 v. H. im Bezirk Wilhelmshaven. Kein Wunder, wenn bei einem solchen Gefälle der Arbeitsmarkt nicht befriedigend funktionieren kann. Im übrigen ist bemerkenswert, daß die Lage sich seit dem Vorjahr in einigen Ländern merklich verschlechtert hat. Hamburg und Bremen sind zu der Gruppe mit hoher Arbeitslosigkeit hinzugekommen, und Rheinland-Pfalz ist im Begriff, ihnen zu folgen. In diesem letzten Fall dürfte auch die Umsiedlung der Heimatvertriebenen mitgesprochen haben.

Natürlich spielt die Arbeitslosigkeit der *Vertriebenen* in diesem Zusammenhang überhaupt eine große Rolle. Die Flüchtlinge sind weit mehr als die Einheimischen von Arbeitslosigkeit betroffen. Bei einem Bevölkerungsanteil von 16 v. H. waren im Bundesgebiet Ende Oktober 1950 nicht weniger als 33,9 v. H. aller Arbeitslosen Heimatvertriebene. Die nachfolgende statistische Übersicht zeigt deutlich, daß gerade in den Notstandsgebieten die Arbeitslosigkeit der Flüchtlinge die Situation auf dem Arbeitsmarkt weitgehend bestimmt.

Länder	Arbeitslose Heimatvertriebene Ende Oktober 1950	Von den arbeits- losen Heimatver- triebenen des Bun- desgebietes entfal- len auf das ein- zelne Land (in v. H.)	Von den Arbeits- losen jedes Landes waren Heimat- vertriebene (in v. H.)
Niedersachsen	120 400	28,9	41,3
Bayern	113 100	27,1	39,6
Schleswig-Holstein	109 400	24,1	55,9
Hessen	26 000	6,2	29,0
Nordrhein-Westfalen	19 400	4,6	11,8
Württ.-Baden	15 900	3,8	34,2
Rheinland-Pfalz	11 600	2,8	22,9
Baden	3 400	0,8	33,9
Württ.-Hohenz.	2 900	0,7	42,7
Hamburg	2 300	0,6	2,8
Bremen	1 800	0,4	8,3
Bundesgebiet <sup>2)</sup>	417 200	100,0	33,9

In dieser Lage kommt es vor allem darauf an, das Gefälle des Arbeitsmarktes zu mildern und schrittweise auszugleichen. Wo Stellenangebot und Stellennachfrage beruflich und qualitativ auseinanderfallen, müssen Berufswechsel, Berufsumschulung, Anlernung, Fortbildung u. ä. Abhilfe schaffen. Dem räumlichen Gefälle kann entweder mit einer Hebung des wirtschaftlichen Niveaus in den Notbezirken oder mit einer Umsiedlung von Arbeitskräften begegnet werden. Die westdeutsche Beschäftigungskapazität ist heute wesentlich größer als in der Vorkriegszeit. Im Bundesgebiet waren Ende September 1950 14,3 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt, also rund 1,9 Million mehr als Ende Juni 1938. Trotzdem reichen die Arbeitsmöglichkeiten für die Notstandsgebiete nicht aus. Die Versuche einer Industrieverstärkung in diesen überwiegend agrarischen und gemischtwirtschaftlichen Bezirken während der letzten Jahre haben noch keinen durchschlagenden Erfolg gehabt. Das im Frühsommer 1950 angelaufene „Schwerpunktprogramm“ der Bundesregierung, das unter Aufwendung von über 300 Millionen D-Mark in den Notstandsgebieten von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Nordhessen zusätzliche dauerhafte Arbeitsplätze schaffen sollte, hat den Arbeitsmarkt nur wenig entlastet. In vielen Fällen ist es nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gekommen, zumal auch Vor-

2) einschl. frühere Bewohner der Sowjetzone und Berlins.

finanzierungen abgelöst werden konnten und sich: unter den Kreditnehmern auch sanierungsreife Unternehmen befanden. In dem Teilprogramm für die gewerbliche Wirtschaft sind 20 v. H. der ursprünglich vorgesehenen Firmen ausgefallen. Dabei haben vor allem ungünstige Zins- und Amortisationsbedingungen, die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Bürgschaften und Sicherheiten und die unzureichende Ausstattung mit Eigenkapital eine Rolle gespielt. Viele Firmen haben keine Bank finden können, die das Kreditrisiko zu übernehmen bereit gewesen wäre. Trotzdem ist bis Ende des Jahres 1950 der größte Teil der Kredite, nämlich insgesamt 248 Millionen D-Mark, abgerufen gewesen. Die Erfahrungen mit diesem Programm haben aber erneut gezeigt, daß die Industrialisierung von ländlichen Gebieten eine langwierige, äußerst schwierige Aufgabe ist, daß sie Zeit, günstige Standortvoraussetzungen und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmer braucht, die bereit sind, sich in den entsprechenden Gegenden anzusiedeln. Vielfach werden jedoch die Notbezirke in näherer oder nicht allzu weiter Entfernung von der Ostzone von den industriellen Interessenten gemieden. Sicherlich muß alles getan werden, um in diesen überfüllten Gebieten die gewerbliche Struktur zu stärken und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Aber man sollte sich im klaren sein, daß mit diesem Mittel allein oder auch nur hauptsächlich die Massenarbeitslosigkeit der Notstandsgebiete nicht beseitigt werden kann.

#### *Umsiedlung ist notwendig*

Die organisierte und nichtorganisierte Wanderung von Arbeitskräften aus Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit in die Aufnahmegebiete hat in den letzten Jahren schon einiges auf dem Arbeitsmarkt gebessert. Wäre sie nicht gewesen, so wäre der Arbeitermangel in den Industriegebieten noch größer und die Erwerbslosigkeit in den großen Flüchtlingsländern noch drückender. Aber was bisher geschehen ist, reicht in keiner Weise aus. Die erste im Jahre 1949 begonnene Aktion, bei der Heimatvertriebene aus den Hauptflüchtlingsgebieten in die französische Zone umgesiedelt wurden, bezog sich nur auf einige zehntausend Personen. Im Jahre 1950 wurden dann unter großen Schwierigkeiten und Verzögerungen immerhin rund 250 000 Heimatvertriebene umgesiedelt, allerdings zum Teil mit wenig befriedigendem Erfolg. Denn die Arbeitslosigkeit der Heimatvertriebenen ist im Zuge dieser Umsiedlung in der französischen Zone um einiges gestiegen, und in der letzten Zeit sind verschiedene Transporte, zum Teil für längere Fristen, in den süddeutschen Durchgangslagern sitzengeblieben, weil kein Wohnraum freizumachen war. Ein neuer Plan der Bundesregierung sieht jetzt die Umsiedlung von weiteren 200 000 Vertriebenen bis Mitte September 1951 vor. Aber auch wenn dieses Programm verwirklicht wird, wäre die Flüchtlingsfrage noch lange nicht gelöst. Nach Berechnungen des Bonner Instituts für Raumforschung müssen allein *zwischen* den westdeutschen Ländern rund 2,3 Millionen Menschen (nach dem Stand vom Herbst 1949) ihren Wohnort wechseln, wenn man von der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Gebiete ausgeht<sup>3)</sup>. Hinzu kommen weitere Millionen, die innerhalb der Länder offensichtlich am falschen Orte wohnen und deshalb keine oder eine nur unbefriedigende Arbeit — oft außerhalb ihres Berufes — haben. Dabei ist auch an die Kinder der Heimatvertriebenen zu denken, die es auf dem Lande schwer haben, eine geeignete Berufsausbildung zu finden; denn auch hier sprechen, in einer völlig

3) „Grundgedanken zu einem Bevölkerungsausgleich in der Bundesrepublik.“ Denkschrift des Instituts für Raumforschung, Bonn 1950, Seite 40; zum Begriff der „wirtschaftlichen Tragfähigkeit“, s. Seite 18 ff.

„freien Wirtschaft“, persönliche Bindungen und Beziehungen ein gewichtiges Wort.

Selbstverständlich können die amtlichen Umsiedlungspläne nicht von solchen rein theoretischen Berechnungen und derartigen Dimensionen ausgehen. Wir müssen uns erreichbare Ziele setzen. Außerdem wäre genau zu untersuchen, welcher Teil der Heimatvertriebenen — oder der sonstigen Bevölkerung — tatsächlich zur Abwanderung fähig und bereit ist; dabei scheiden gewisse Gruppen aus, die wegen ihres Alters, eines ungünstigen Berufes, wegen geschwächter Gesundheit, familiärer Bindungen und ähnlicher Tatbestände für eine Umsiedlung nicht mehr in Betracht kommen oder die auch nicht mehr abwandern wollen. Aber vielleicht würde sich mancher, der bei der jetzigen Praxis der Umsiedlung noch begriffliche Bedenken hat, leichter entschließen, wenn ihm klare Vorteile und eine wirkliche Existenz geboten werden könnten. Auch richtet sich die Bereitschaft der Unternehmer, ältere oder nicht voll leistungsfähige Arbeitskräfte aufzunehmen, ganz nach der Dringlichkeit des Bedarfs, Hier sind also endgültige Grenzen nicht zu ziehen.

Es braucht sich im übrigen nicht immer um eine Abwanderung über weite Entfernungen zu handeln. Auch die Verlegung des Wohnsitzes innerhalb des Kreises, innerhalb des Regierungsbezirks oder innerhalb eines Landes, zum besseren Arbeitsort hin, kann die Spannungen am Arbeitsmarkt mildern, hier einer Nachfrage nach Arbeitskräften entgegenkommen und dort Arbeitslosigkeit für die Dauer beseitigen. Da es solche Anziehungspunkte der Wanderung auch innerhalb der Notstandsgebiete gibt, brauchen diese Gebiete nicht zu stark von Menschen entblößt zu werden. Es muß nur allmählich das örtliche und bezirkliche Gleichgewicht von Beschäftigungskapazität und Menschenzahl wiederhergestellt werden, wobei auch die übersteigerte Pendelwanderung, die an den Kräften und Finanzen der auswärts tätigen Arbeitnehmer zehrt, auf ein erträgliches Maß reduziert werden sollte. Dazu bedarf es aber nicht unbedingt amtlich organisierter Massentransporte, die nicht einmal immer zweckmäßig und vielfach unbeliebt sind, sondern es genügt eine behördliche Hilfestellung, die dem abwanderungslustigen Arbeitnehmer mit Arbeits- und Wohnungsvermittlung und finanziellen Umsiedlungsbeihilfen zur Seite steht. Wichtig ist dabei, daß die Abwandernden vorher verbindliche Zusagen über Arbeit und Wohnung erhalten und genau wissen, in welche Verhältnisse sie hineinkommen. Am besten ist es, die Arbeitsverträge vorher abzuschließen. Deshalb müßten bei der Umsiedlung unbedingt die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter genügend eingeschaltet sein. Die jetzige Praxis, bei der die Versprechungen und Voraussagen vielfach später nicht in Erfüllung gehen, hat viel böses Blut gemacht. Man könnte auch die Stellenvermittlungseinrichtungen der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter, also den zwischenbezirklichen Ausgleich, die Stellenlisten und Stellenanzeiger, die jetzt schon weitgehend ausgetauscht werden, noch mehr in den Dienst der Umsiedlung stellen. Weiter müßte der Zentralausgleich für qualifizierte Berufe wesentlich ausgebaut und leistungsfähiger gemacht werden. Tausende und Zehntausende sind in den letzten Jahren mit oder ohne behördliche Hilfe, ja zum Teil unter Verstoß gegen bestehende Vorschriften, in den Industriegebieten seßhaft geworden und haben so zur Entspannung des Arbeitsmarktes beigetragen. Es kommt jetzt darauf an, diesen natürlichen Sog durch arbeits- und wohnungspolitische Maßnahmen zu unterstützen und die Wanderung der Arbeitskräfte zum günstigsten Beschäftigungsort nach Kräften zu fördern.

#### *Wohnungsbau an gewerblichen Schwerpunkten*

Dazu bedarf es in erster Linie eines umfassenden sozialen Wohnungsbaus und zwar an den richtigen Stellen, den Schwerpunkten der Wirtschaft. Die Arbeitsverwaltung hat seit Jahr und Tag gefordert, daß der Wohnungsbau sich, mehr nach den Bedürfnissen der Arbeitsmarktsanierung richten müsse. Dies ist im Jahre 1950 in gewissem Maße, aber noch lange nicht ausreichend geschehen.

Man kann beobachten, daß Landräte in den überfüllten Notbezirken, wenn es um die Verteilung der Wohnbaumittel geht, durchaus nicht geneigt sind, ihre Ansprüche zurückzuschrauben, selbst wenn man weiß, daß diese Gebiete ihre Menschen auf die Dauer nicht ernähren können. Es ist aber besser, die verfügbaren Mittel den stärker industrialisierten Nachbargebieten zukommen zu lassen, wenn dadurch der Abfluß der überschüssigen Bevölkerung rascher und umfassender erreicht werden kann. Man kann auch auf die bloße Hoffnung hin, daß im Laufe der Jahre sich Unternehmer zur Ansiedlung in einem Kreis mit hoher Arbeitslosigkeit finden werden, dort keine Wohnungen für Flüchtlinge bauen. Man würde sonst öffentliche Mittel für den Bau dieser Wohnungen aufwenden und weitere öffentliche Mittel für die dauernde Unterstützung der in diese Wohnungen einziehenden Arbeitslosen hinzufügen; gleichzeitig würden diese Menschen an einem für die Beschäftigung ungünstigen Wohnort festgehalten. Wohnungen am falschen Ort bauen, heißt die Arbeitslosigkeit verlängern. Eine Wohnbaupolitik, die nicht nur Lokalinteressen in den Vordergrund stellt, sondern die Sanierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur im Auge hat, muß auf den rechten Zusammenhang von Wohnung und Arbeitsmöglichkeiten Wert legen.

Dies bedeutet die Abkehr von den früher üblichen Schlüsseln (Bevölkerungsgröße, Zerstörungsgrad, Flüchtlingszahl usw.) bei der Verteilung der finanziellen Mittel, die Abkehr auch von einer imaginären „proportionalen Gerechtigkeit“, die in Wirklichkeit sozialpolitisch die größte Ungerechtigkeit ist, weil sie die Arbeitsnot verewigt. Es wird nötig sein, künftig mehr als bisher nach Schwerpunkten zu bauen, nach gewerblichen Schwerpunkten (unter Einbeziehung der näheren Umgebung), an denen noch zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigt werden können. Diese Schwerpunkte sind aus der Arbeitsstatistik leicht zu erkennen. Für Hessen hat das Landesarbeitsamt beispielsweise alle Gemeinden je nach der unterschiedlichen Aufnahmefähigkeit für weitere Arbeitskräfte in vier Schwerpunktstufen und eine Restgruppe eingeteilt. Hessen wird auf dieser Basis im Jahre 1951 mit der Realisierung des Hessenplanes beginnen, der einerseits auf eine Stärkung der nordhessischen Notbezirke, andererseits auf Umsiedlung von rund 100 000 Menschen innerhalb des Landes aus überfüllten Gegenden in aufnahmefähige Orte gerichtet ist und selbstverständlich einen entsprechenden sozialen Wohnungsbau voraussetzt. An Schwerpunkten sind auch im letzten Jahr die 10 000 Flüchtlingswohnungen des schleswig-holsteinischen Sonderprogramms, das unter Förderung der Gewerkschaften zustande gekommen ist, gebaut worden. Soweit wenig Mittel zur Verfügung stehen, sollte im wesentlichen nur an solchen Schwerpunkten gebaut werden. Sind mehr Mittel vorhanden, so wäre es richtig, die Gelder in eine kleine Allgemeinquote und eine große Schwerpunktquote aufzuteilen, womit allen Interessen Rechnung getragen wäre.

#### *Soziale Verteidigung*

Man weiß, daß die Aussichten des sozialen Wohnungsbaus für 1951 recht ungewiß sind. Die erhöhten Besatzungskosten, die gestiegenen Soziallasten und die noch gar nicht zu übersehenden Verteidigungsausgaben werden eine starke Konkurrenz sein. Auch von der Seite der Baukapazitäten und der Arbeitskräfte her sind Schwierigkeiten zu erwarten. Es geht aber nicht an, daß die Forcierung der Verteidigungsbemühungen die Aufgaben der sozialen Sanierung erdrückt. Dies würde schließlich den Sinn der Verteidigung in Frage

stellen. Die Westmächte täten gut daran, bei ihren Plänen die Besonderheiten der wirtschaftlichen und sozialen Situation Westdeutschlands in Rechnung zu stellen. Die Finanzkraft der Bundesrepublik reicht unmöglich aus, um alle wichtigen Sozialaufgaben und gleichzeitig die Forderungen zu erfüllen, die von den Westmächten gestellt werden. Die einzelnen Staaten der westlichen Welt können schließlich nur im Maße ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Verteidigung beitragen. So wie die Dinge heute liegen, wird die Bundesrepublik den künftigen Aufgaben ohne eine wesentliche Wirtschafts- und Finanzhilfe des Westens nicht gewachsen sein. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf den sozialen Wohnungsbau. Er ist der Schlüssel zur weiteren Entwicklung des Arbeitsmarktes. Ohne ihn können weder die Arbeitslosen der Notbezirke an die Arbeit herangeführt, noch die Betriebe der Industriegebiete mit den nötigen Arbeitskräften versorgt werden. Westdeutschland wird die ihm zuge dachte Stellung im Rahmen der westlichen Verteidigungsfront aber nur einnehmen können, wenn es über eine intakte Wirtschaft und einen funktionierenden Arbeitsmarkt verfügt. Dies sollte von allen Verantwortlichen im Inland und Ausland bei allen Planungen und Entschlüssen bedacht werden.